

# Zwischenbericht

## der Untersuchungskommission an den außerordentlichen Parteitag

Berlin (ND). Eine Kommission aus überwiegend ehrenamtlichen Mitarbeitern, die nicht aus dem ehemaligen Parteiapparat kommen, führt derzeit im Auftrag des Parteivorstandes Untersuchungen von Vergehen gegen das Statut und Gesetze durch Funktionäre der Partei und deren Familienangehörige. Im nachfolgenden veröffentlichen wir den Bericht der Kommission an den außerordentlichen Parteitag der SED-PDS über vorläufige Ergebnisse der Untersuchungen.

Am ersten Beratungstag informierte Genosse Gysi über die bis dahin vorliegenden Arbeitsergebnisse der Untersuchungskommission zur Überprüfung von Machtmißbrauch und Korruption ehemals führender Funktionäre unserer Partei. In der Zwischenzeit hat die Kommission unter neuem Leiter, da Gregor Gysi als Vorsitzender der Partei nicht zugleich die Untersuchungskommission leiten kann, diese außerordentlich arbeitsaufwendige Tätigkeit fortgesetzt, und nach wie vor gehen uns ganze Berge von Hinweisen zu. Sie stammen von Mitgliedern unserer Partei, von parteilosen Bürgern unseres Landes, von Angehörigen anderer Parteien und verschiedener sogar von Bürgern anderer Staaten.

Wir werten die Hinweise, Kritiken und Informationen als Ausdruck des Vertrauens in die Objektivität unserer Untersuchungskommission, und wir waren bemüht, dieses Vertrauen auch wirklich zu rechtfertigen.

Gegenwärtig konnten durch die Kommission 1232 der zugegangenen Mitteilungen ausgewertet werden, deren Umfang von der kurzen Mitschrift eines Telefonanrufes bis zu 10 und mehr Seiten langen Briefen reicht. Die in den Mitteilungen enthaltenen Informationen beziehen sich auf Korruption und Machtmißbrauch von ehemaligen Politbüromitgliedern, ehemaligen 1. Sekretären von Bezirksleitungen, Funktionären auf Kreis- und staatl. Ebene, Leitern sowie zum Problemkreis Ko-Ko und Schalck. Erfasst sind etwa 200 Personen, das heißt zur großen Mehrheit der Mitglieder und hauptamtlichen Mitarbeiter der Partei gibt es nicht einmal Hinweise. Sehr viele Informationen beinhalteten im Wesen andere Sachverhalte, wie Vorschläge zu inhaltlichen Fragen des Parteitages oder zur Nutzung bekanntgewordener Objekte, zu Rechtsfragen, Einzelproblemen, Hinweisen zu vermuteten Handlungen. Einen großen Raum nehmen Probleme der Rehabilitation von Genossen ein.

Wir müssen in dieser emotionsgeladenen und hektischen Zeit, jedoch auch feststellen, daß sich viele Informationen als haltlos erweisen und manche versuchen, private Probleme durch uns lösen zu lassen bzw. persönliche Rechnungen zu begleichen. Ein allgemeines Denunziantentum dürfen wir nicht zulassen. Uns erreichte allerdings auch ein Brief von Axel S., der mit den Worten begann: „Alle Kommunisten sind für mich der Abschaum der Menschheit“ und mit den Worten endete: „Den Kommunisten nur soviel Spielraum zu lassen, wie zwischen Strick und Hals Luft ist.“

In Abhängigkeit vom Inhalt der vielen Hinweise wurde durch die Untersuchungskommission auf diese Informationen reagiert. Bezogen sich die Informationen auf Personen, gegen die bereits Ermittlungsverfahren eingeleitet waren, oder begründeten sie direkt einen Straftatverdacht, wurden sie nach ihrer Erfassung entsprechend der Zuständigkeit an die Generalstaatsanwaltschaft bzw. den Militärstaatsanwalt oder die Kriminalpolizei weitergeleitet. Reaktionen auf Vorwürfe zur Korruption und Machtmißbrauch oder Anträge auf Rehabilitation können im Interesse der Wahrung der Rechtsstaatlichkeit erst nach gründlicher Prüfung erfolgen.

In der o. g. Breite konnte das durch die Untersuchungskommission bis zum heutigen Tag nicht bewältigt werden. In der bisher zur Verfügung stehenden Zeit konzentrierten wir uns deshalb auf einige Hauptkomplexe.

Zunächst zu jenen ehemaligen führenden Funktionären der Partei, die beschuldigt werden, im Zusammenhang mit ihrer Funktion Straftaten begangen zu haben. Zwischenzeitlich liegen Haftbefehle gegen Erich Mielke, Günter Mittag, Harry Tisch, Willi Stoph, Günther Kleiber, Werner Krollkowsky, Hans Albrecht, Gerhard Müller, Dieter Müller und Heinz Ziegler sowie gegen die ehemaligen Abteilungsleiter im früheren Zentralkomitee der SED Karl Seidel und Heinz Wildenhain vor.

Innen gegenüber wird der Vorwurf von Straftaten im Zusammenhang mit dem Bau und der Unterhaltung von Eigenheim- und Wochenendobjekten für sich bzw. ihre Kinder gemäß § 181 a, 185 StGB erhoben. Aus gleichem Grunde sind gegen Hermann Axen, Erich Honecker und Herbert Ziegenhahn Ermittlungsverfahren anhängig. Die letztgenannten ehemaligen Funktionäre befinden sich nicht in Haft. So schwerwiegend die ihnen gegenüber erhobenen Vorwürfe auch sein mögen, eines muß für uns alle klar sein: Über strafrechtliche Verantwortlichkeit haben ausschließlich die Justizorgane zu befinden und niemand anders. Wir vermitteln an die Staatsanwaltschaft Erkenntnisse, aber weder empfehlen wir Haftbefehle, noch entscheiden wir darüber oder sprechen wir sie aus.

Die Frage ist, worin eigentlich die Privilegien der Mitglieder des

ehemaligen Politbüros bestanden haben.

Uns lag die vertrauliche Versuchsfrage vom 31. 5. 1980 vor, aus der sich ergibt, daß durch Beschluß des Politbüros der Umzug aller Mitglieder des Politbüros in die Waldsiedlung festgelegt wurde.

Auf Grund der vielen Hinweise in bezug auf den Komplex Waldsiedlung Wandlitz haben sich Mitglieder der Untersuchungskommission mit diesen Örtlichkeiten vertraut gemacht und mit Genossen gesprochen, die dort arbeiten und somit für die Betreuung und Versorgung der ehemaligen Politbüromitglieder verantwortlich waren. Wir vertreten einerseits die Auffassung, daß die Wahrheit über dieses Kapitel der Geschichte gesagt werden muß, andererseits müssen wir uns dann endlich den wichtigen Aufgaben der Zukunft zuwenden. Das Wort „Geschichte“ ist insofern berechtigt, als die Waldsiedlung zu einem Rehabilitationszentrum für Erwachsene und Kinder umgewandelt wird und bereits ab Februar 1990 die ersten Patienten erwartet.

Die Waldsiedlung war eine Einrichtung des Ministerrates. Alle Angestellten der Waldsiedlung (wie z. B. Bäcker, Fleischer, Kraftfahrer, Verkäuferinnen, Kellner und Wachpersonal) waren Angehörige des ehemaligen MfS und unterlagen damit der militärischen Befehlsgewalt und auch der absoluten Schweigepflicht.

Gegen den erklärten Willen der Mitarbeiter wurde durch Befehl des Leiters, General Günter Wolf, die heftig kritisierte Journalistenverführung geregelt inszeniert. Die Angaben, die die Genossen Schmidt und Witte (die Verkäuferin im Sonderladen) den Journalisten gegenüber machten, wurden ihnen fast wörtlich vorgelesen.

Die Arbeitsaufgaben aller Beschäftigten in der Waldsiedlung wurden letztmalig in der Anweisung 5/87 vom 19. 12. 1987 durch General Günter Wolf unter der Überschrift „Zur optimalen und niveaufolgenden Betreuung und Versorgung der führenden Repräsentanten, ihrer Familienangehörigen und Gäste“ unter anderem wie folgt formuliert: „Auf der Grundlage des Befehls Nr. 19/84 des Ministers ist diese Aufgabe jederzeit vorbildlich, mit hoher Einsatzbereitschaft, revolutionärer Wachsamkeit und tschekistischer Meisterschaft zu realisieren.“

Dazu weisen ich an:

1. Der Leiter des Dienstbereiches V ist für die Erfüllung der grundsätzlichen Aufgaben bei der Gewährleistung einer optimalen und niveaufolgenden Betreuung und Versorgung der führenden Repräsentanten verantwortlich.

Er hat alle Betreuung- und Versorgungsaufgaben in hoher Qualität und anforderungsgerecht zu planen, zu organisieren und durchzuführen.

2. Die Angehörigen des Dienstbereiches V sind durch die Leiter in enger Zusammenarbeit mit der Partei- und FDJ-Funktionären so zu erziehen, daß sie unter allen Lagebedingungen durch qualifiziertes, einfühlsames und gefühlsvolles Handeln das subjektive Wohlbefinden der führenden Repräsentanten ständig gewährleisten.

Der Leiter des Dienstbereiches V ist verantwortlich für

- die Bereitstellung und Vermietung vollständig und niveaufoll eingerichteter Einzelhäuser, entsprechend den individuellen Wünschen der Nutzer,
- die zuverlässige Gewährleistung der Ver- und Entsorgungssicherheit auf hohem wissenschaftlich-technischem Niveau,
- den Bau und die Vermietung von Freizeitzweckobjekten, die den individuellen Wünschen der Nutzer entsprechen,
- den Einsatz von Hausangestellten in den Einzelhäusern sowie auf Anforderung in den Freizeitzweckobjekten zur individuellen Betreuung und Pflege dieser Haushalte,
- die Absicherung eines hochwertigen Angebots an Nahrungsmitteln, Textilien, kosmetischen Erzeugnissen und anderen Industriewaren aus der Produktion des Inlandes und aus Importen sowie teilweise aus Eigenproduktion. Die Planung, Beschaffung und Bereitstellung dieser Waren ist durch das staatliche Handelsobjekt „Lorex“ abzusichern. Der Valutabedarf für Eigenimporte ist beim Ministerium für Außenhandel, Bereich Kommerzielle Koordinierung, jährlich zu planen,
- die umfassende und niveaufolle gastronomische Betreuung und Versorgung durch das Klubhaus im Innenring, in den Einzelhäusern, Freizeitzweckobjekten und zu Aktionen und Einsätzen im In- und Ausland,
- das Betreiben von Sport- und Freizeitzwecken sowie die Absicherung hierbei notwendiger Betreuungsmaßnahmen durch befähigte Angehörige,
- die Absicherung eines umfassenden Dienstleistungsangebotes.

Diese Anweisung wurde ständig zitiert, und alle Mitarbeiter wurden zu ihrer strikten Befolgung angehalten. Es war ihre Aufgabe, den Repräsentanten jeden Wunsch von den Augen abzulesen. Fragen nach Sinn, Zweck oder Berechtigung von Maßnahmen und Zuständen oder gar Widerspruch waren nicht gestattet. Verantwortung trug also die Führung, trugen nicht die Mitarbeiter.

In persönlichen Gesprächen mit jetzigen und ehemaligen Mitarbeitern der Waldsiedlung Wandlitz wurde durch sie unmissverständlich zum Ausdruck gebracht, daß der aufwendige Lebensstil der ehemaligen Politbüromitglieder und insbesondere ihrer Familienangehörigen schon seit langer Zeit bei ihnen Anstoß erweckt hatte und daß zwischen dem im Außenring und dem im Innenring wohnenden Menschen eine tiefe Kluft bestand. Eine grüne Betonmauer und eine Funktion in unserer Partei trennten Genossen in solche, die einen parasitären Lebensstil pflegten, und in solche, die wie jeder normale Bürger unseres Landes lebten und arbeiteten, nur unter hohen psychischen Belastungen. Aus diesem Grunde existierte auch eine relativ hohe Fluktuation bei den dort tätigen Arbeitskräften, obwohl gerade für sie als Angehörige des ehemaligen MfS ein Arbeitsplatzwechsel bzw. eine Beendigung des Dienstverhältnisses besonders schwierig war.

Die Waldsiedlung Wandlitz besteht aus einem Innen- und einem Außenring. Im Innenring befinden sich 23 Häuser, von denen drei leer standen und 20 von den Mitgliedern des ehemaligen Politbüros bewohnt wurden sowie die Gebäude, in denen Schwimmhalle, Kinosaal, medizinische Einrichtungen, Funktionsklub sowie die Verkaufsstelle untergebracht sind. Auf diesem Territorium lebten ausschließlich die Politbüromitglieder mit ihren Familien.

Im Außenring befanden sich alle technischen und Versorgungseinrichtungen, Werkstätten für viele Gewerke, Wohnungen sowie eine Kindereinrichtung.

Wir besichtigten einige dieser Einrichtungen und können versichern, daß die Arbeits- und Lebensbedingungen für die 600 Mitarbeiter vollkommen normal waren. In der Küche wurden ausschließlich DDR-Produkte verwendet. Die einzige Ausnahme bestand darin, daß leicht verderbliche Waren auf Grund deutlicher Qualitätsmängel von der Küche des Innenringes zur Küche des Außenringes zur Verfügung gestellt wurden.

Der den Politbüromitgliedern und ihren Familienangehörigen dienende Fuhrpark wurde vom damaligen Ministerrat unterhalten. Somit ist es eindeutig, daß unsere Partei nicht einen einzigen Volvo besaß und besitzt und daher der Ministerrat über die weitere Verwendung zu entscheiden hat.

Der Fuhrpark läßt sich in drei Stufen einteilen: Zum ersten hatte jedes Politbüromitglied mindestens einen personengebundenen Volvo mit Fahrer. Für die Familienangehörigen standen außerdem rund um die Uhr in der Waldsiedlung Volvo-Fahrzeuge zur Verfügung. So konnten die Ehefrauen und Kinder für sich oder für Gäste, für Hausangestellte und für Transportleistungen zu jeder Zeit und ohne jegliche Begründung Fahrzeuge anfordern. Es war für sie selbstverständlich, zum Friseur, zur Arbeitsstelle in Berlin, zu Einkaufsstellen, zu Diskos und ähnlichem gefahren zu werden bzw. durch die Fahrer mit dem PKW Dienstleistungen vornehmen zu lassen.

Eine Analyse der Fahrten im Zeitraum vom 9. Oktober bis Ende November 1989 ergab über 1500 Anfordernungen.

Zum dritten existierte im Außenring eine Tankstelle, die für die Privatfahrzeuge der ehemaligen Politbüromitglieder und ihre Familienangehörigen zur Verfügung stand. Dort konnte dieser Personenkreis nach Bedarf kostenlos Super-Benzin tanken.

Dem Tankwart lag eine konkrete Liste der Privatfahrzeuge vor, die er betanken mußte. Aus dieser Aufstellung ergibt sich, daß z. B. das Ehepaar Honecker Eigentümer von 14 Privatfahrzeugen war und die Typen vom Wartburg über Toyota und Ranchover bis hin zum kostenintensiv umgebauten Mercedes reichten.

Dem genannten Personenkreis stand weiterhin die Möglichkeit der kostenlosen Nutzung von Tankkreditscheinen und eine weitere Tankstelle in Berlin zur Verfügung.

Die Verkaufsstelle der Waldsiedlung wurde im Jahre 1980 eröffnet und von der HO Berlin versorgt. Später wurde dann die spezielle Einrichtung „Lorex“ geschaffen, ohne daß jedoch eine grundsätzliche Veränderung im Angebot erfolgte. Der entscheidende Wandel trat Ende der 70er Jahre ein. Von diesem Zeitpunkt an wurden zum großen Teil Produkte aus dem NSW angeboten.

Die Preisbildung für Importe erfolgte nach folgender Regel: Einkaufspreis im Verhältnis von 1:1 plus 50 % als Handelsspanne. Im Angebot waren auch teilweise DDR-Produkte zu finden, die zum EVP verkauft wurden. Das Gerücht, daß die Waren in diesem Laden kostenlos abgegeben worden seien, erwies sich als falsch.

Die Verkaufsstelle bot im wesentlichen Lebensmittel, Kosmetik, Textilwaren, Schmuck an. Weiterhin konnten über einschlägige westliche Kataloge Industriewaren, Elektronik und andere Artikel bestellt werden. In dieser Verkaufsstelle konnten die Politbüromitglieder, ihre Familienangehörigen, unabhängige Mitarbeiter, sowie ausgewählte wenige Mitarbeiter einkaufen.

Diese Einkaufsmöglichkeit wurde ebenfalls sehr unterschiedlich genutzt. Während z. B. die Familien der Genossen Dohls, Mückenberger oder Lange offensichtlich nur ihren normalen Bedarf deckten, gab es Familien, wie Mittag und Sindermann, die durch äußerst umfangreiche Käufe auffielen. Nach Mitteilungen der im F-Laden beschäftigten Verkäuferinnen kauften zum Beispiel Familienangehörige von G. Mittag im Jahr durchschnittlich 10 Farbfernseher, und durch Rechnungen konnte belegt werden, daß die Familie Sindermann im Zeitraum von September bis Anfang November 1989 4 Fernsehgeräte westlicher Produktion erwarb.

Beschämend und erschütternd sind die Vorgänge, die sich in dieser Verkaufsstelle kurz vor dem Besuch der Journalisten abspielten. Nachdem bekanntgegeben worden war, daß das NSW-Sortiment zum letzten Mal verkauft wird, setzten durch einige Familien Hamsterkäufe ein, während andere den Kauf völlig einstellten.

Wir haben auch den sogenannten Funktionsklub besichtigt. Dieser Komplex mit Gaststätte, Schwimmhalle, Konferenzräumen ist repräsentativ und gediegen ausgestattet. Die Gaststätte hat das Niveau eines Interhotels. Bis Oktober bestand dort zu sehr niedrigen Preisen ein vorzügliches Angebot.

Ein weiteres trauriges Kapitel sind die in der Presse und in den weiteren Massenmedien häufig angesprochenen „Freizeitobjekte“. Entsprechend den Weisungen wurden sie nach individuellen Wünschen projektiert und gebaut.

Die Bestätigung der Projekte erfolgte durch E. Mielke, und die Kosten trug letztlich der Staatshaushalt. Die Freizeitobjekte von Honecker in Döllensee, von Stoph in Birkenheide, von Axen in Born, von Mielke in Wolletz und noch anderen wurden als Außenstellen von der Waldsiedlung Wandlitz mit verwaltet und bewirtschaftet.

Es würde den Bericht der Untersuchungskommission sprengen, wenn wir jedes einzelne Freizeitobjekt erläutern und alle personengebundenen Staatsjagden nennen würden. Wir können jedoch versichern, daß sämtliche Objekte, die der Waldsiedlung Wandlitz unterstanden, von ihren ehemaligen Bewohnern nicht mehr genutzt werden können, da sie versiegelt worden sind.

Und wir müssen nochmals darauf hinweisen, daß Wandlitz und alle genannten Objekte dem Ministerrat unterstehen und auch von diesem finanziert werden. Dem lag zugrunde, daß fast alle Mitglieder bzw. Kandidaten des Politbüros staatliche Funktionen ausübten. Die Beiträge unserer Mitglieder wurden also für diese Zwecke nicht verwendet. Die Tatsache, daß die genannten Objekte dem Ministerrat gehören, führt jetzt dazu, daß sie nun schnell als Volkseigentum im Interesse des ganzen Volkes genutzt werden können.

Nun einige Bemerkungen zu den Mitarbeitern des ehemaligen ZK. Die Untersuchungskommission kann stützend auf die Untersuchungskommission der zentralen Parteileitung des Apparates des ehemaligen Zentralkomitees folgende Grundaussagen zusammenfassen:

1. Die Prüfung ergab, daß die übergroße Mehrheit aller Genossen der technischen Bereiche, der politischen Mitarbeiter und ebenfalls der leitenden Kader im Apparat des ZK mit hohem Verantwortungsbewußtsein arbeiten und politisch-moralisch sauber ihre Aufgaben im Interesse der Partei erfüllen.
2. Im Zuge der Untersuchung wurde deutlich, daß für einen Teil der Abteilungsleiter und einige stellvertretende Abteilungsleiter eine Reihe von Anschuldiungen zu Privilegien und vorhandenen Gewohnheitsrechten den Tatsachen entsprechen. Dabei handelt es sich um:
  - private Nutzung von Dienstfahrzeugen ohne ordnungsgemäße Abrechnung und Bezahlung,
  - den Verkauf von gebrauchten und vereinzelt neuen PKW aus dem NSW zu Schätzpreisen, aber entgegen staatlicher Regelungen des Verkaufs betriebseigener Fahrzeuge über den Maschinenhandel,
  - die Inanspruchnahme von partei- oder staatsseitigen Wohnhäusern zum Teil weit unterbelegt und nicht entsprechend den erforderlichen Mietsätzen,
  - die Nutzung von parteieigenen komfortablen Wochenendgrundstücken des ZK,
  - die Inanspruchnahme von Dienstleistungen der Handwerksbereiche zu einem großen Teil ohne ordnungsgemäße Rechnungslegung und Bezahlung.

Diese Vergünstigungen nutzte, wenn auch in erheblich unterschiedlichem Maße, nur ein Teil von Abteilungsleitern. Es kann festgestellt werden, daß vor allem zwei Abteilungsleiter des Zentralkomitees ihre Funktionen mißbrauchten. Der Mißbrauch wurde durch das Zulassen einer ausgesprochenen Machtfülle, die eine wirksame Kontrolle ausschloß, und durch das Fehlen effektiver Kontrollmechanismen begünstigt. Es gab auch unglückliche Funktionsverketungen.

Unsere Kommission hat in den wenigen Tagen ihres Bestehens vielfältige Schritte in die Wege geleitet. Manche Veränderungen erfolgten bereits allein dadurch, daß unsere Kommission überhaupt existiert und unsere Existenz bekannt ist. Da wir keine Finanzexperten sind, wurde eine Tiefenprüfung angefordert.

Bei der Überprüfung der der Partei unterstehenden Wohn- und Wochenendgrundstücke mußten

## Nach dem Sonderparteitag: Schritte des Neubeginns

# Die soziale Sicherung darf nicht einfach „wegrutschen“

### Hennigsdorfer Genossen bauen neue Strukturen auf

Vom Parteitag zurückgekehrt, sah es Klaus Huth als seine erste Pflicht, die Partielorganisation im VEB Lokomotivbau-Elektrotechnische Werke „Hans Beimler“ Hennigsdorf neu aufzubauen. Am Dienstagabend fand eine erste Zusammenkunft der Genossen nach dem Parteitag statt. „Ich mußte sie als amtierender Parteisekretär einberufen, da derzeit noch keine gewählte Leitung besteht. Alle waren sich einig, daß uns harte politische Arbeit bevorsteht. Zumal unter den bisherigen Umständen noch kein Fußbreit des verlorengegangenen Vertrauens im Betrieb zurückgewonnen werden konnte.“ Aber mit dem Parteitag seien Ausgangspositionen geschaffen, um an ganz konkreten Interessen und Vorstellungen der Kollegen und Kollektive anknüpfen zu können, meint Klaus Huth.

Da ist zum Beispiel die eindeutige Zielstellung, die Arbeitsplätze für alle zu sichern. „Viele spüren, wie schnell diese wichtige Seite unseres Lebens ‚wegrutschen‘ kann, wenn nicht alle gemeinsam sehr genau aufpassen. Zweitens wissen fast alle, daß unsere Lebensgrundlagen nur durch hohe Arbeitsproduktivität und Arbeitsdisziplin zu erhalten und zu verbessern sind.“ Alle Genossen, die sich in dieser Hinsicht in den Kollektiven beweisen und bewähren, bauen auch Vertrauen

wir feststellen, daß die lukrativen Objekte nur einem bestimmten Personenkreis zur Verfügung gestellt worden sind.

Für die Berliner Grundstücke erfolgte im Auftrag unserer Untersuchungskommission durch den Magistrat, Abteilung Preise, eine Besichtigung zum Zwecke der Überprüfung der Mieten bzw. Nutzungsentgelte. Für die anderen Grundstücke wird dies nachgeholt. Über allgemeinere Nutzungsmöglichkeiten wird nachgedacht.

Liebe Genossinnen und Genossen!

Daß der Parteivorstand einen radikalen Bruch mit allen Leiden in der Vergangenheit zu verzeichnenden Erscheinungen des Amts- mißbrauchs und der Korruption vollzogen hat, spürt ihr wohl nicht zuletzt daran, wie wir zum Parteitag tagen. Wir sind in einer Halle, für die wir Miete bezahlen. Und trotz der Bescheidenheit, die diesen Parteitag prägt, kostet er uns eine Million Mark. Das ist so, weil wir uns von niemandem etwas geben lassen, sondern alle Aufwendungen in Mark und Pfennig bezahlen.

Dieser radikale Bruch erfordert aber weitere einschneidende Veränderungen. Sie beziehen sich einerseits auf Probleme, die die gesamte künftige Partiestruktur betreffen, und andererseits auch auf Fragen, die ausschließlich uns betreffen und von uns zu lösen sind. Zur ersten Kategorie gehört die unbedingte Notwendigkeit, daß es in diesem Land ein Parteiengesetz geben muß und daß auch die Finanzierung der Parteien eine gesetzliche Basis erhält.

Zu unseren parteiinternen Problemen ist zu zählen, daß unsere Partei sowohl einen Schatzmeister braucht - ob dieser oder ein anderer Name der glücklichste ist, kann diskutiert werden, aber ihr wißt, warum es geht - als auch eine Rechtsabteilung. Schließlich muß gewährleistet werden, daß künftig die Schiedskommission jede Position und jeden Beleg kontrollieren darf. Bekanntlich sind bestimmte Dinge in der Vergangenheit der Kontrolle der Revisionskommission entzogen worden. So etwas darf es in unserer Partei nie wieder geben!

In den nächsten Wochen sollte eine Koordinierung der Untersuchungskommission, die ihre Tätigkeit im Augenblick angesichts der Vielzahl der noch zu klärenden Sachverhalte nicht beenden kann, mit der Schiedskommission in die Wege geleitet werden. Nicht alle Aufgaben der Untersuchungskommission gehören in den Aufgabebereich der Schiedskommission.

Viele, was wir bei unseren Untersuchungen bisher feststellen mußten, hat uns schockiert und betroffen gemacht. Zugleich konnten wir feststellen, daß die überwältigende Mehrheit unserer Genossinnen und Genossen mit allen aufgedeckten Mächtigkeiten nichts, aber auch gar nichts zu tun hatte.

Diese Feststellungen können für einzelne Personen spezifiziert werden. Davon würde im Interesse von Rechtssicherheit auch bei der Durchführung von Parteiverfahren Abstand genommen. Soweit es sich nicht um Straftaten, sondern um moralische Verfehlungen handelt, wird die Schiedskommission die Einleitung von Parteiverfahren prüfen. Das betrifft auch die Angehörigen führender SED-Funktionäre, soweit sie Mitglieder unserer Partei sind.

Deshalb: „Behaltet einen klaren Kopf und kühlen Verstand bei euren Entscheidungen.“

zur Partei auf, ist seine Erfahrung. Dann steht eines für viele der Kollegen im Betrieb fest: Die DDR muß souverän bleiben. „In diesem entscheidenden Punkt stimmen die Meinung der Mehrheit und der Partei überein, was für unsere Parteiarbeit natürlich außerordentlich wertvoll ist.“

Noch in dieser Woche wird ein Gremium zur Leitung der Parteiarbeit im Betrieb gebildet. Auch hier herrscht Einigkeit: Die Partielorganisation bleibt in den LEW, selbst wenn das Büro der Leitung vor den Betrieben sein Domizil findet. Das ist notwendig, da viele, die in dem Betrieb arbeiten, nicht in Hennigsdorf wohnen. „Außerdem nehmen wir Verbindung mit Grundorganisationen in den Orten auf, in denen die Genossen wohnen. Ohne Zeitverzug müssen wir uns im Territorium auf den Wahlkampf einstellen und Genossen für entsprechende Aufgaben gewinnen.“

Heiner Schultz

# „Wir bleiben im Hafen aktiv“

### ND sprach mit Frank Hennig, Parteisekretär im Überseehafen Rostock, Parteitagsdelegierter

ND: Du bist wieder zu Hause. Mit welchen Eindrücken kommst du vom außerordentlichen Parteitag?

Frank Hennig: Die Grundlage für die Erneuerung unserer Partei ist gelegt, mehr aber noch nicht. Es geht um Realitätssinn. Wir aus den Betrieben brauchen ihn ganz besonders. Wir haben ein gutes Statut und ich denke, jedes Mitglied kann den darin aufgezeigten Weg mitgehen. Das habe ich auch in ersten Versammlungen gespürt.

ND: Was werdet ihr im Rostocker Überseehafen tun?

Frank Hennig: Wir haben uns entschieden, wir bleiben im Betrieb aktiv. Alles andere wäre der Todesstoß für unsere Grundorganisation. Und wir sind im Hafen immerhin über 500 Mitglieder. Zwei Genossen bleiben hauptamtlich in der Leitung, alle anderen arbeiten ehrenamtlich mit. Unser Sitz wird jedoch im Wohngebiet Lütten Klein sein. Unsere sechs Partebereiche im Betrieb ordnen wir entsprechend unserem 4-Schicht-Rhythmus. Wir sind der

### Standpunkt eines Delegierten

## Eigenverantwortung

Alle Denkschemen zu überwinden ist ein langwieriger Prozeß. Bruch mit dem Stalinismus muß in den Köpfen vollzogen werden. Das erfordert mehr Eigenverantwortung, kein Abwarten auf Richtlinien von oben, sondern das Sich-selbst-Einbringen in den Prozeß der Entscheidungsfindung. Jetzt geht es darum, die Grundorganisation neu zu formieren, Leitungsgremien zu wählen, die uns wieder arbeitsfähig machen. Nur so wird es möglich sein, die politische Arbeit zu koordinieren, Meinungen zusammenzufassen und inhaltlich zu steuern, denn Basisdemokratie kann ja nun auch nicht heißen, daß jeder macht, was er will.

Die erste Aufgabe der Genossen aber ist heute, tagtäglich vorbildlich die Aufgaben im Betrieb zu erfüllen, damit die Wirtschaft in Gang gehalten werden kann.

Dipl.-Ök. Michael Herda, Mikroelektronik Erfurt

Meinung, hier, wo die Genossen arbeiten, wo sie zeigen, was sie können, wo sie anerkannt sind auch als Gewerkschaftsmitglieder, soll das Hauptfeld der Partei sein. Wenn es darum geht, die Partei zu erneuern, dann dort, wo die Genossen am besten bekannt sind. Die Erneuerung muß also in den Betrieben beginnen.

ND: Aber der Wahlkampf wird doch in erster Linie in den Wohngebieten geführt?

Frank Hennig: Das ist richtig. Dennoch wird das Ansehen der Partei wesentlich durch die Arbeit des einzelnen im Betrieb mitbestimmt. Außerdem wollen wir in stärkerem Maße in den Wohngebieten wirksam werden. Unsere Genossen werden die Wahlbüros in den Wohngebieten anlaufen. Dazu wird es konkrete Vorstellungen und Aufträge geben. Ich bin davon überzeugt, wir brauchen künftig beide Züge, den Betrieb und das Wohngebiet, um wirksam voranzukommen.

Das Gespräch führte Hans Jordan

# Denn ohne Arbeit bewegt sich nichts nach vorn...

### Marita Hisza vertritt Fraueninteressen im Vorstand

In diesen Tagen, kurz vor Jahresende, scheint sich bei Marita Hisza, Leiterin der Konsumgüterproduktion im Magdeburger Schwermaschinenbaukombinat „Ernst Thälmann“, förmlich alles zu überstürzen: Da geht es darum, daß die 60 000 Gasherde bis 31. Dezember auch plangerecht den Betriebsteil verlassen, und immer wieder die Aufforderung: „Marita, erzähle doch mal vom Parteitag...“

Als sich Marita Hisza neben den anderen 20 Kandidaten im SKET für eine der vier Delegationen aus dem Kombinat zum außerordentlichen Parteitag bewarb, ahnte sie nicht, daß sie aus Berlin als Mitglied des Parteivorstandes zurückkommen würde. „Viele auch der parteilosen Kolleginnen haben mir gratuliert und gemeint, es sei gut, daß ich jetzt ‚da oben‘ mitmische. Ich würde auch für die Frauen etwas gewinnen“, berichtete die junge

Frau. Wenn sie in der Wirtschaftskommission mitarbeiten wird, will sie sich für ihre Kolleginnen einsetzen, die am Montagabend arbeiten. „Gerade von den Bandarbeitern wird täglich verlangt. Und ich möchte darauf einwirken, daß sich meine Partei mit entsprechenden Vorschlägen für Lohnerhöhungen entsprechend dem Leistungsprinzip an die Regierung wendet“, sagte Marita Hisza. Parteilarbeit nach der Arbeitszeit: eindeutig ja. Aber ein Genosse ist man stets, auch hinter den Werkorten, ist ihre Meinung, die sie bereits vor den 17 Mitgliedern der SED-PDS nach dem außerordentlichen Parteitag vertreten hat. Das durch verantwortungsloses Wirken der alten Parteispitze verlorengegangene Vertrauen müssen die Genossen jetzt am Arbeitsplatz, und zwar mit besten Leistungen, neu gewinnen. „Denn ohne Arbeit bewegt sich nichts nach vorn.“

## Aus unserer Leserpost

# Konsequent gegen Faschismus

Wofür haben unsere Großeltern und zum Teil auch noch unsere Eltern gekämpft? Ihr Kampf richtete sich gegen die Unterdrückung des Menschen durch den Menschen, gegen die Gewalt. Hauptgegenstand richteten sie sich gegen den barbarischen und menschenfeindlichen Militarismus und Faschismus. Viele Kommunisten, Sozialdemokraten und eine ganze Reihe aufrechter anderer Bürger mußten dafür mit dem Leben bezahlen.

Um uns als Nachkommen das Elend von Krieg und Faschismus zu ersparen, wurde im Artikel 6 (1) unserer Verfassung festgelegt: „Die Deutsche Demokratische Republik hat getreu den Interessen des deutschen Volkes und der internationalen Verpflichtung aller Deutschen auf ihrem Gebiet den deutschen Militarismus und Nazismus ausgerottet und befreit eine dem Frieden und dem Sozialismus, der Völkerverständigung und der Sicherheit dienende Außenpolitik.“

In anderen Gesetzen wird ganz konkret darauf verwiesen, wie beim Auftreten faschistischer, neofaschistischer und anderer

staatsfeindlicher Tendenzen vorzugehen ist. Ich muß sagen, bisher vernimmt man mehr und mehr das Geschrei staatsfeindlicher Kräfte, was sehr beunruhigend ist. Es liegt doch wohl im Interesse aller Bürger, wenn unsere Sicherheitsorgane gegen dergleichen Auftreten vorgehen, und es gilt, das gerade jetzt und später nach Öffnung der Grenzen für den Reiseverkehr „hin und her“ zu verstärken. Wir sollten doch schon rechtzeitig gegen derartige „Rechtsguppen“ vorgehen. Wir sind eine eigenständige sozialistische DDR und haben entsprechend unserer Verfassung und unserer Gesetzen zu handeln. Wenn wir auch durch eine Reihe ehemaliger Staatsfunktionäre über eine Vielzahl von Jahren betrogen wurden (Ernst Thälmann, Wilhelm Pieck und andere würden sich im Grabe umdrehen, wenn sie es wüßten), sollten wir auf Sicherheit und Ordnung in allen Bereichen achten. Es geht um unser Land, unsere Heimat, unsere sozialistische DDR.

Gerd Hess, Am Herrensee 34, Strausberg, 1260